

DIETRICH BUSSE

POLITISCHE SPRACHE IM UMBRUCH – SPRACHWANDEL IN DER DDR

Interdisziplinäre Fachtagung, Braunschweig, 3.–4. 12. 1990

Die Analyse politischer Sprache hat sowohl in der Sprachwissenschaft als auch in der Politikwissenschaft eine gute und lange Tradition. Jedoch sind erst in jüngster Zeit Foren entstanden, welche sich zum Ziel gesetzt haben, den politischen Sprachgebrauch und seinen Einfluß auf die politische Kommunikation und die Entwicklung der deutschen Gegenwartssprache gezielt und mit der Absicht intensiverer, nicht nur punktueller Zusammenarbeit zu untersuchen. Ein solches Forum stellt auf linguistischer Seite etwa die „Arbeitsgemeinschaft Sprache in der Politik“ dar, welche bisher mit zwei Tagungen (Oktober 1986 in Darmstadt¹ und Dezember 1989 in Düsseldorf²) hervorgetreten ist. Auf der Seite der Politischen Wissenschaft ist der Arbeitskreis „Politische Sprache“ in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft entstanden, der im April 1989 eine Tagung in Berlin³ durchgeführt hat. Es lag nahe, die dem gleichen Untersuchungsgegenstand geltenden Bemühungen beider Gruppen zu einem gemeinsamen Erfahrungsaustausch zusammenzuführen. Einen aktuellen Anlaß dafür bot die „Wende“ in der ehemaligen DDR. Die Thematik der von Armin Burkhardt (TU Braunschweig) und Klaus-Peter Fritzsche (Georg Eckert Institut für internationale Schulbuchforschung, Braunschweig) geplanten ersten gemeinsamen Tagung beider Arbeitsgruppen war von einer verlockenden Aktualität, bot sich doch die Möglichkeit, den als Folge der politischen Umbrüche in der DDR zu erwartenden Wandel in der politischen Kommunikation und im öffentlichen Sprachgebrauch gleichsam im Werden zu erforschen. Die Ironie der Zeitgeschichte führte dazu, daß die beabsichtigte Aktualität des gewählten Themas zum Zeitpunkt der Tagung schon überholt war durch das überstürzte Verschwinden des Abgrenzungskriteriums des gewählten Untersuchungsgegenstands, nämlich der DDR selbst. Dennoch zeigten die Vorträge, daß die Ereignisse des politischen Wandels in der (nun ehemaligen) DDR genügend Material liefern, um bei Untersuchungen des veränderten Sprachgebrauchs interessante Erkenntnisse über den Zusammenhang von öffentlichem Sprachgebrauch und politischer Kultur zu bringen.

Zum Thema *Politische Kultur in der DDR vor und nach dem Umbruch* sprach der Politologe Ralf Rytlewski (FU Berlin). Mit dem Versuch, drei verschiedene Bereiche politischer Kultur zu beschreiben (nämlich die „offizielle“, d. h. marxistisch-leninistische, die „traditionelle“, d. h. dem seit dem Kaiserreich und dem Nationalsozialismus ungebrochen fortherrschenden „autoritär-paternalistischen“ Verhaltensmuster folgende, und die „alternative“, d. h. ein nichtsozialistisches Gesellschaftsbild anstrebende politische Kultur), beschränkte sich der Referent weitgehend auf die Beschreibung der Gesellschaft der DDR vor der Wende. Aus sprachwissenschaftlicher Sicht besonders interessant ist (wenn sie Bestand hat) seine These, daß es gerade der Gegensatz zwischen der Hochwertung des Begriffs *Arbeit* in der offiziellen Selbstdarstellung der DDR einerseits und der (sich in den durch Materialmangel oder Überbeschäftigung erzwungenen Arbeitspausen ausdrückenden) scheinbaren Geringschätzung der Arbeit im Alltagsleben der

¹ Dokumentiert in: Armin Burkhardt/Franz Hebel/Rudolf Hoberg (Hrsg.): *Sprache zwischen Militär und Frieden – Aufrüstung der Begriffe?* Tübingen 1986.

² Dokumentiert in: Frank Liedtke/Martin Wengeler/Karin Böke (Hrsg.): *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik.* Wiesbaden 1991.

³ Dokumentiert in: Manfred Opp de Hipt/Erich Latniak (Hrsg.): *Sprache statt Politik?* Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung. Wiesbaden 1991.

Produktion andererseits war, der die Glaubwürdigkeit der auf offizieller Ebene bekundeten Stellungnahmen und Deutungen erschütterte. Mit der *Sprache der marxistisch-leninistischen Philosophie* hatte sich der Philosoph Norbert Kapferer (FU Berlin) sozusagen das ideologische Zentrum der offiziösen politisch-gesellschaftlichen Selbstdarstellung der DDR zum Gegenstand gewählt. Die „Gralsburg des Interpretationsmonopols“ sei, so der Referent, zugleich der „Ort zynischer Schönfärberei“ wie „der Verdammung ketzerischer Texte“ gewesen, wo keinerlei semantisch-ideeller Widerspruch geduldet wurde. Wer nicht den „offiziellen Code“ sprach, habe sich in der Öffentlichkeit gar nicht äußern dürfen. Semantisch interessant ist der von Kapferer beschriebene Gegensatz zwischen der Frequenz und Intensität des Gebrauchs des Wortes *Frieden* einerseits, und der Metapher vom *Klassenkampf*, welche dem offiziellen Sprachgebrauch inhärent war. Ob freilich der philosophische Diskurs wirklichen Einfluß auf die Alltagssprache haben konnte, wurde in der Diskussion zu recht gefragt.

Eine Analyse der Sprache des Umbruchs in der DDR selbst brachte der Vortrag der Germanistin Ruth Reiher (Humboldt Universität Berlin) mit dem Titel „*Wir sind das Volk*“ – *Die DDR-Bevölkerung meldet sich zu Wort*. Anhand der Untersuchung von Parolen auf der großen Berliner Demonstration am 4. 11. 1989 und der „Gedenk-Demonstration“ am 4. 11. 1990 kam Reiher zu dem Schluß, daß von einem schöpferischen Sprachwandel in der kurzen Phase der Demokratie in der DDR nicht die Rede sein könne: Statt der Prägung einer eigenen Ausdrucksweise sei auch in der politischen Sprache schlicht ein neues, von außen (BRD) angebotenes Bezeichnungssystem übernommen worden. Weder habe eine sprachlich nachweisbare Auseinandersetzung mit dem alten, noch mit dem neuen Sprachgebrauch stattgefunden. Der „Sprachwandel“ im politischen Sprachgebrauch der Noch-DDR sei daher nur die Anpassung neuer Sprecherschichten an einen existierenden Sprachgebrauch gewesen. Dennoch gibt es Hinweise auf gewisse situationsspezifische Eigenständigkeiten im Sprachgebrauch auf den Demonstrationen, die ein Schlaglicht auch auf die politische Begrifflichkeit in der (alten) BRD werfen: In Ablehnung des SED-offiziellen Gebrauchs von *Freiheit* als abstraktem formelhaftem Wort, dem keine Realität entsprach, haben die Demonstranten des Herbstes dieses Wort stets nur relational im Sinne von ‚Freiheit von etwas‘ verwendet.

Der Sprachwissenschaftler Reinhard Hopfer (Zentralinstitut für Sprachwissenschaft an der Akademie der Wissenschaften, Berlin) hatte mit seinem Vortrag *Untergang des Orwellschen Diskurses oder: die Demokratie fängt an zu sprechen* das Thema des totalitären Diskurses angesprochen, welches in der westlichen Linguistik bislang vor allem im Zusammenhang mit dem NS-Sprachgebrauch erforscht worden ist. Er wies auf den wichtigen Umstand hin, daß erst mit der zentralen Rolle der öffentlichen Kommunikation in den modernen demokratischen Staatsformen (d. h. einer Erweiterung des Funktionspotentials der Sprache) die Lenkung des Sprachgebrauchs durch staatlich/gesellschaftlich hegemoniale Organe überhaupt zum Ziel und Mittel von Herrschaft werden konnte. Das Eigentümliche der öffentlichen Kommunikation in einer ideologisch (und damit auch politiksprachlich) hegemonialen Gesellschaftsform liegt nicht allein in puren Verboten und Reglementierungen des zu sagen Erlaubten; charakteristisch ist etwa auch eine Dominanz spezifischer Sprachgebrauchsformen (was sowohl besondere Textsorten als auch unterschiedliche Kommunikationsstile beinhaltet), etwa die für die DDR typische Dominanz der bürokratisch-administrativen Kommunikationsformen, wie sie etwa in Huldigungstexten und Anträgen an die Partei- und Staatsführung ihren Ausdruck finden. Dafür fehlen Kommunikationsformen für die politische Interessendurchsetzung, die nicht diesem hierarchischen Muster entsprechen.

Wegweisend für die weitere Untersuchung (nicht nur) politischen Sprachgebrauchs wird der Vortrag Hopfers durch seinen Versuch sein, den aus der poststrukturalistischen Diskussion entnommenen Begriff des *Diskurses* auf seine sprachwissenschaftliche Anwendbarkeit zu prüfen; ein Versuch, der nicht ohne Widerspruch blieb. In der anschließenden Diskussion vertraten vor allem Hans Jürgen Heringer (Augsburg) und Walther

Dieckmann (Berlin) die Auffassung, daß auf den Begriff *Diskurs* in der Sprachwissenschaft besser ganz verzichtet werden sollte. Heringer verband diese Forderung mit der Einschätzung, daß mit einer Textanalyse, die sich als „Diskursanalyse“ begreife, möglicherweise mehr aus den untersuchten Sprachdaten „herausgeholt“ werde, als „darin stecke“; während „Texte“ allseits anerkannte Bezugsgegenstände linguistischer Forschung seien, sei bei den „Diskursen“ weder klar, was damit genau gemeint sei, noch, ob es sie als eigenständige sprachliche Größen überhaupt gebe. Diese Diskussion über den Sinn und Nutzen des Diskurs-Begriffs sollte innerhalb der germanistischen Sprachwissenschaft, welche damit die nunmehr schon zwei Jahrzehnte alte Diskursanalyse mit erheblicher Verspätung zur Kenntnis nimmt, auf jeden Fall fortgeführt werden. Mehrere Diskussionsredner (S. Jäger, A. Dörner, R. Hopfer, D. Busse) vertraten in der Braunschweiger Diskussion die Auffassung, daß erst einmal geprüft werden müsse, welche Ziele die Diskursanalyse hat, und welche eventuell mit bisherigen sprachwissenschaftlichen Termini und Gegenstandsbestimmungen nicht erfaßten Aspekte sprachlicher Kommunikation möglicherweise mit einem linguistisch präzisierten Diskursbegriff erfaßt werden könnten, bevor dieser Begriff pauschal als nutzlos abgewiesen wird. Auch die von Heringer bemühte Kategorie *Text* mußte (vor noch nicht allzulanger Zeit) erst als eigenständige sprachwissenschaftliche Untersuchungsgröße durchgesetzt werden; kaum jemand würde heute noch auf die Idee kommen, die sprachliche Realität textueller Strukturen und Funktionen, die nicht mit den vorher bekannten linguistischen Begriffen erklärt werden konnten, generell zu leugnen. Hopfers Versuch einer linguistischen Präzisierung des Diskurs-Begriffs ist deshalb ein wichtiger und weiterführender Beitrag aus der Sprachwissenschaft der ehemaligen DDR, der in der westlichen germanistischen Linguistik bisher keine Parallele hatte.

Besonders stark muß der Umbruch in der DDR dort auf das politische Sprachverhalten gewirkt haben, wo politische Institutionen mit der Demokratisierung eine völlig neue Funktion bekamen. Dies ist etwa im Parlament der Fall, dessen sich wandelnden Sprachgebrauch Armin Burkhardt (TU Braunschweig) in seinem Vortrag *Ein Parlament sucht seine Sprache – Zur Sprache der Volkskammer* untersuchte. Die Veränderung der parlamentarischen Kommunikation kommt besonders deutlich im Vergleich zwischen den Debatten der alten Volkskammer unmittelbar nach der Maueröffnung und des im März gewählten ersten und letzten demokratisch legitimierten Parlamentes der DDR zum Ausdruck. Ist in der alten Volkskammer der Sprachgebrauch im wesentlichen noch unverändert, wie sich etwa an Begriffen wie *Nation*, *Heimatliebe* oder *Patriotismus* zeigt, die noch eindeutig nur auf die DDR bezogen sind, so zeichnete sich der Debattenstil der neu gewählten Volkskammer durch zuvor ungewohnte Lebendigkeit und Unmittelbarkeit (etwa durch viele Zwischenrufe und spontane Diskussionen) aus. Dieser Offenheit im Stil entsprach aber in der März-Volkskammer, wie Burkhardt zeigen konnte, keine Offenheit in den Inhalten: Vielmehr bestand eine eigentümliche Scheu vor der offenen Artikulation und Austragung von Kontroversen zwischen den Fraktionen. Hier zeigt sich, daß die alte Gemeinsamkeit aus Oppositionstagen intuitiv im Kommunikationsstil andauerte, obwohl der alte Gegner weggefallen war und Kontroversen nunmehr nur noch innerhalb des demokratischen Lagers funktional waren. Klaus-Peter Fritzsche (Braunschweig) hatte in seinem Vortrag *Wandel der Sprache – Kontinuität der Mentalität? Sprachwandel in Schule und Schulbüchern* den Niederschlag der politischen Wende im pädagogischen Bereich zum Gegenstand gewählt. Das in Schulbüchern und Unterrichtsrichtlinien zu verzeichnende dominante Wortfeld politisch-gesellschaftlicher Begriffe hat sich, wie nicht anders zu erwarten war, deutlich verändert. Ausdrücke wie *Demokratie* und *soziale Marktwirtschaft* bekommen eine zentrale Position, Ausdrücke wie *Sozialismus* verschwinden. Fritzsche stellte die Frage, ob vom neuen politischen Sprachgebrauch der ehemaligen DDR nicht ein Sog auch auf die politische Sprache Westdeutschlands ausgehen könnte. Wobei es freilich bei der von ihm als Beispiel genannten pejorativen „Kontamination“ des ganzen Wortfeldes um *Sozialismus*

aufgrund des schon lange bestehenden antisozialistischen Diskurses westlicher Prägung gar keines Anstoßes aus der Ex-DDR bedurfte.

Dem Wandel des Wortes *deutsch* spürten Wolfgang Teubert (Mannheim) und Fritz Hermanns (Heidelberg) in ihren beiden Vorträgen „*Deutsch*“ – *wer ist das?* und „*Deutsch*“ – *was ist das?* nach. Nach Teubert kann das Stereotyp ‚Deutscher‘ nicht auf einen festen Kern gebracht werden. Dafür steht nicht nur die in Jahrzehnten gewachsene und stabile Beschränkung der Verwendung der Wörter *deutsch* und *Deutschland* auf das Gebiet der alten Bundesrepublik im Sprachgebrauch derselben. Wenn mit *deutsche Polen* polnisch-stämmige Bürger Deutschlands gemeint sind, andererseits aber mit *deutsche Minderheit in der UdSSR* deutschstämmige Sowjetbürger, dann kommt in dieser gegensätzlichen Verwendung des Adjektivs *deutsch* das Versäumnis der eindeutigen Entscheidung für entweder das Territorialprinzip (*Deutscher* ist, wer in den Grenzen des Staates Deutschland lebt) oder das Abstammungsprinzip (*Deutscher* ist, wer ‚deutscher Abstammung‘ ist, was auch immer das heißen mag) zum Ausdruck. Die Grenzen der kulturell bestimmten Verwendungsvariante von *deutsch* bzw. *deutsches Volk* sind jedoch kaum zu bestimmen, wird man doch wohl nicht versuchen wollen, die eindeutig zum deutschsprachigen Kulturraum gehörenden Österreicher oder Deutschschweizer als *Deutsche* zu bezeichnen, was man andererseits bei in Kasachstan oder Siebenbürgen lebenden sowjetischen oder rumänischen Staatsbürgern wie selbstverständlich tut. Fritz Hermanns stellte sich deshalb die Frage, ob sich der Gebrauch des Wortes *deutsch* seit der Wende in der DDR geändert habe. Prototypensemantisch gesprochen waren die Bürger der DDR im Sprachgebrauch Westdeutschlands immer nur, so Hermanns, „periphere Exemplare“ bzw. „schlechte Beispiele“ für *deutsch*; ein prototypischer „richtiger Deutscher“ war ein westlicher, d. h. ein reicher Deutscher. In diesem Sinne wird *Deutschland* als Hochwertwort zum „Fahnenwort“ in der Wahlwerbung der CDU zur letzten Bundestagswahl. Als „Heilsbegriff“ (Hermanns) erfährt er keine Änderungen, bekommt höchstens eine neue Aktualität.

Ebenfalls mit dem sprachlichen Umfeld der letzten Wahl beschäftigte sich Frank Liedtke (Düsseldorf) in seinem Vortrag *Die Qual der Wahl. Argumentationsstrategien zum Termin der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl*. Die Argumentation zum politisch stark umstrittenen Termin und Modus der Wahl folgte diskurs-strategischen Zielen, indem für sie ein vor allem in der deutschen politischen Kommunikation bestehendes Tabu (man könnte auch von einer „diskursiven Beschränkung“ reden) bestimmend war, wonach „die Macht“ als eigentliches Ziel aller politischen Tätigkeit nicht zum expliziten Gegenstand der verbalen Auseinandersetzung gemacht werden durfte, obwohl es doch allein darum ging, die möglichst günstigen Voraussetzungen für einen eigenen Wahlerfolg (und damit die Chance, die Macht zu erringen) festzusetzen. Argumentiert wurde daher mit den sog. Grundwerten der *Freiheitlich-demokratischen Grundordnung*, wobei die je nach Position und Ziel unterschiedliche Semantik von *gleich* (etwa in *Chancengleichheit* bzw. *gleiche Erfolgchancen jeder Wahlstimme*) eine zentrale Rolle spielte. Der Politologe Paul-Hermann Gruner (Darmstadt) untersuchte zum gleichen Kontext in seinem Vortrag „*Kontinuität und Innovation*“ – *Die Bundestagswahl 1990*, ob und worin sich die Wahlkampfsprache dieser ersten gesamtdeutschen Wahl von der früherer Wahlkämpfe in der BRD unterschieden hat. Es mag auf den ersten Blick überraschen, wenn der Referent zu dem Ergebnis kam, daß etwa die Verwendung des Wortes *Deutschland* im Wahlkampf 1990 keine größere Intensität aufwies als in allen anderen Wahlkämpfen der BRD zuvor; Schlüsselbegriff sei dieses Wort schon seit 1949 durchgängig gewesen. An Themenfeldern wie „Wirtschaft und Finanzen“ oder „Familie und Beruf“ konnte er zeigen, daß die in ganz Deutschland antretenden Bundestagsparteien noch nicht einmal ihre zentralen Inhalte und Werbeparolen auf die ostdeutschen Wähler ausgerichtet haben.

Für die politischen Wandlungen in Osteuropa war die Politik Gorbatschows ein wichtiger Faktor. Wenn der Politologe Dietmar Schirmer (FU Berlin) daher in seinem

Vortrag „*Das europäische Haus*“ — *Karriere eines Begriffes* dieser (wie man besser sagen sollte) ‚Metapher‘ Gorbatschows nachspürte, so hatte er seine Untersuchung einer der wichtigsten Neuschöpfungen politischer Bildsymbolik der letzten Jahre gewidmet. In der Tradition der Bochumer Symbolforschung (etwa Jürgen Links) entfaltete der Referent für diesen Ausdruck die Bildsymbolik bzw. das, was man als Sprachwissenschaftler auch die „Logik der Metapher“ nennen könnte: also etwa die räumliche Entfaltung der Metapher, etwa hinsichtlich des ‚Fundamentes‘, der ‚Zimmer‘, wo es, wie in der internationalen Debatte mit kritischem Impetus genüßlich ausgeführt, vornehme ‚Wohnzimmer‘ ebenso gebe wie ‚Dienstbotenkammern‘ usw. ‚Das europäische Haus‘ hat, so Schirmer, als politische Metapher eine Tradition, die bis in die Weimarer Republik zurückreicht. Christina Schöffner (Leipzig) beschäftigte sich in ihrem Vortrag *Die Sprache des Umbruchs und ihre Übersetzungen* anhand eines Textes von Christa Wolf mit den Übersetzungsproblemen, die die häufig eng an die Situation der DDR vor und nach der Wende angelehnten sprachlichen Anspielungen bereiten. Schon das Wort *Wende*, offensichtlich der Seglersprache entlehnt, kann im Englischen kaum adäquat übersetzt werden. Diese Schwierigkeiten vermehren sich noch dadurch erheblich, daß etwa im semantischen Unterschied zwischen *Wende* (Krenz) und *Umbruch* (de Maiziere) ganze politische Programme zum Ausdruck kamen. Die Referentin gab zahlreiche Beispiele für die sprachspielerische Kreativität der (wie man wohl besser sagen sollte) *Umbruch-Zeit* in der DDR: so ist etwa in der Wolfschen Neubildung *ver-wende-t* die Ablehnung des hier aufgegriffenen offiziellen Sprachgebrauchs der letzten SED-Regierung schon enthalten.

Sehr grundsätzliche Fragen der Analyse politischen Sprachgebrauchs schließlich ging die niederländische Kommunikationswissenschaftlerin Christ'l de Landtsheer (Amsterdam) in ihrem Vortrag *Function and the Language of Politics* an. Sie betonte die — in vielen gegenwärtigen Untersuchungen, sei es sprachwissenschaftlicher, sei es politologischer Provenienz, zu wenig spürbare — Notwendigkeit, sich der je unterschiedlichen Zugangsweisen auch theoretisch und methodisch zu vergewissern. So macht es etwa einen großen Unterschied aus, ob man die eigenen Untersuchungen eher als historische Semantik versteht, oder als Argumentationsanalyse, oder als spezifisch sozialwissenschaftlich-empirisches Vorgehen mit den entsprechenden quantitativen Parametern und Auswertungsverfahren. Ob solch verschiedene Herangehensweisen wie die quantitativen Methoden der Sozialwissenschaften und die eher qualitativ-hermeneutischen Verfahren der linguistischen Semantik auf Dauer zu einer wirklichen methodischen Einheit geführt werden können, wird wohl noch lange einer der wichtigsten methodologischen Diskussionspunkte zwischen Politikwissenschaftlern und Linguisten bleiben.

Wie nicht anders zu erwarten war, warf diese erste gemeinsame Tagung von Linguisten und Politologen zum Thema „Sprache in der Politik“ eine Fülle von Fragen auf, die sich vor allem an den unterschiedlichen Zielsetzungen und Methoden beider Disziplinen festmachen ließen. Die Herangehensweisen und methodischen Selbstverständnisse sind noch so verschieden, daß gelegentlich sogar die Frage ernsthaft im Raum stand, ob Politologen und Sprachwissenschaftler überhaupt denselben Gegenstand haben, wenn sie über „politischen Sprachgebrauch“ reden. Wechselseitige Vorwürfe, „was das denn überhaupt bringe“, was die jeweils andere Seite treibt, waren (nach meinem Empfinden zu schnell) bei der Hand. Noch war von einem wirklichen Sich-Einlassen auf die Themen und Perspektiven des je anderen Faches wenig zu spüren. Den Sprachwissenschaftlern wird dann von Politologen etwa der Vorwurf gemacht, ihre deskriptive Analyse sei ein reines „l'art-pour-l'art-Spiel“, weil sie sich den „eigentlich interessanten“ strategischen und strukturellen Aspekten der Politik zu wenig stellen; Linguisten können diese Kritik dann kontern mit dem Vorwurf, die Politologen stellten munter Behauptungen über sprachliche Phänomene auf (etwa über Bedeutungen, Mitgemeintes, symbolisch Angespieltes etc.), ohne sich die aus linguistischer Sicht zentrale methodische Frage zu stellen, wie sie zu ihren Aussagen kommen, und ob diese (wegen

des subjektiven Charakters jeder Sprachdeutung) wirklich die Allgemeingültigkeit haben, die die politologischen Forscher ihren Sprachuntersuchungen gerne zuschreiben. An beiden Vorwürfen ist etwas Richtiges, und es wird wohl noch vieler (wünschenswerter) interdisziplinärer Kolloquien gleicher Art bedürfen, bis sich Sprachwissenschaftler und Politikwissenschaftler zu einem gemeinsamen Untersuchungsziel (nicht nur der puren Addition unterschiedlichster Referate) durchgerungen haben. Eine Fortsetzung der Zusammenarbeit ist jedenfalls von beiden Seiten aus geplant. (Die Vorträge dieser Tagung werden in einem von A. Burkhardt und K. P. Fritzsche herausgegebenen Sammelband im Westdeutschen Verlag, Wiesbaden, veröffentlicht.)

Adresse des Berichterstatters: Priv.-Doz. Dr. Dietrich Busse, Technische Hochschule Darmstadt, Institut für Sprach- und Literaturwissenschaft, Hochschulstraße 1, D-W-6100 Darmstadt.